PRO RHEINTAL

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

14. November 2012

2013 weniger Verkehrslärm wählen!

Bahn- und Fluglärm-Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland treffen sich am kommenden Wochenende in Boppard zum Strategiemeeting vor der Bundestagswahl

Am kommenden Samstag werden sich in Boppard zum ersten Mal 25 der führenden Köpfe von Bahn- und Fluglärmgegnern aus ganz Deutschland treffen, um eine Strategie für das Bundestagswahljahr 2013 festzulegen. „Wir wollen die Parteien auffordern, verbindliche Erklärungen zu ihrer Vorgehensweise in Sachen Verkehrslärm in ihr Wahlprogramm aufzunehmen“, sagt Frank Gross, Vorsitzender von Pro Rheintal und Organisator der Veranstaltung. „Außerdem soll der Kampf gegen Bahnlärm in 2013 eine neue Qualität bekommen, denn die Zeit des Wartens ist endgültig vorbei“. Nachdem die Fakten über krank machenden Lärm und dessen wahre Kosten auf dem Tisch lägen, erwarteten die Initiativen Sofortmaßnahmen wie Nachtfahrverbote und Tempolimits. 40 Jahre nach Verabschiedung des Immissionsschutzgesetzes gibt es in Deutschland immer noch keinen Anspruch auf Nachtruhe.

Es könne nicht angehen, dass Verkehrs- und Logistikunternehmen ungehindert ihren Lärmmüll in den Städten und Regionen ablegen dürften, während die Kosten dafür von der Allgemeinheit zu tragen seien, ganz zu schweigen davon, dass die Menschen dadurch auch krank würden. Die Politik sei offenbar wehrlos gegenüber einer Interessenkoalition aus Logistik, Wirtschaft und Finanzen. In der Konsequenz bedeute dies, dass allen Bürgerinnen und Bürgern zunehmende Staatsschulden und daraus resultierend weitere Steuern und Abgaben aufgebürdet würden.

Das Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Universität Stuttgart beziffert die jährlichen externen Kosten des Verkehrs auf 1,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Bezogen auf 2011 lägen damit diese Kosten bei insgesamt 55 Mrd. Euro. Mit entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen könnte ein Großteil dieser Ausgaben nachhaltig vermieden werden. Im dicht besiedelten Deutschland seien die Wohn- und Lebensräume zunehmend durch

Lärm und Luftverschmutzung belastet, was – neben gesundheitlichen Problemen – auch eine „kalte Enteignung“ durch Werteverfall bei Immobilien bedeute. Profitieren würde nicht die heimische mittelständische Wirtschaft, sondern internationale Großkonzerne und Kapitalgesellschaften, die Milliarden-Gewinne machten, indem sie Allgemeingüter wie Luft, Wasser und Ruhe missbrauchten.

Allen Erklärungen zum Trotz bezögen die etablierten Parteien demgegenüber kein klares Profil, mit dem sie sich auf die Seite der Bürger stellen würden, so dass sich die Bürgerinitiativen aufgefordert fühlen, hierüber auch mit Hilfe der Medien aufzuklären. Es gälte, ein konstruiertes und verkrustetes Anti-Lärmschutz-System aufzubrechen, denn bisher gäbe es insbesondere gegen Bahn- und Fluglärm so gut wie keine Rechtsansprüche, und die Politik denke auch nicht daran, dies im System zu ändern.

Weder die Ermittlung und Berechnung von Lärm noch die geltenden Grenzwerteregelungen und auch nicht die bisherigen Maßnahmen gegen Lärm entsprächen dem Stand des Wissens und der Technik. Deshalb seien selbst dort, wo man neue Strecken baue oder alte bereits saniert habe, die Schutzmaßnahmen weder wirkungsgerecht noch ausreichend. Es fehle bisher an Gesamtlärmbetrachtungen aller Verkehrsarten, ohne die ein wirksamer Lärmschutz unmöglich sei. Anwohner von sogenannten Bestandsstrecken, also mehr als 95 Prozent aller Eisenbahnstrecken, seien besonders betroffen, denn dort heiße es kurz und bündig: „Es gibt keinerlei Rechtsanspruch!“

Mit bundesweiten Aktionen und Aufklärungskampagnen wollen die Bürgerinitiativen bei der Wahl im nächsten Jahr im Verbund zum „Zünglein an der Waage“ werden, das dem Willen des Volkes im politischen System wieder Gehör verschafft. Dabei gilt die parteipolitische Unabhängigkeit als oberster Grundsatz des Bündnisses. Die beteiligten Initiativen kommen aus Berlin, Bremen, Oldenburg, Emmerich, Leverkusen, Frankfurt, Stuttgart, Freiburg, München sowie vom Ober- und Hochrhein, vom Oberen und Unteren Mittelrhein und vom Niederrhein. Veranstalter ist das Bürgernetzwerk Pro Rheintal in Boppard.

Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten

Bild Vor allem im Rheintal ist der Bahnlärm unmenschlich und unerträglich, weil hier die Züge quasi „mitten durch die Häuser“ fahren.